



Kampagnenaufruf

Überwindung von Wohnungslosigkeit bis 2030 – JETZT handeln!

Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Deutschland müssen beendet werden!

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr den seit Langem von der BAG W geforderten *Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit* im Koalitionsvertrag aufgegriffen: Das begrüßen wir außerordentlich!

JETZT müssen konkrete Maßnahmen definiert und zügig umgesetzt werden, damit alle von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen eine Perspektive erhalten und ihre unzumutbare Lebenslage ein Ende hat.

Warum ist das so wichtig?

Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit gehören zu den größten sozialen Problemen in Deutschland. Wer jetzt keine Wohnung hat, hat besonders große Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Einen abgesicherten, privaten Rückzugsraum zu haben, ist ein fundamentales Grundbedürfnis jedes Menschen. Die eigene Wohnung ist ein existenzieller Lebensmittelpunkt. Wohnen ist ein völkerrechtlich verankertes Menschenrecht und dieses Recht gehört für alle umgesetzt!

Bei Wohnungslosigkeit durchdringen sich in der Regel verschiedene Dimensionen von Armut und sozialer Exklusion wechselseitig und prägen so die besonders prekäre Lage der Menschen in Wohnungsnot. Daher kann dieses Problem nur in ressortübergreifender Zusammenarbeit gelöst werden.

Die BAG W schätzt für 2020 die Zahl aller wohnungslosen Menschen in Deutschland auf ca. 417.000. Davon leben 45.000 Menschen ohne jede Unterkunft auf der Straße. Hinzu kommen gegenwärtig die ukrainischen Geflüchteten, die zusätzlich als Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt auftreten.

Zu den Hauptgründen für Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit gehören:

- das unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum,
- die weitere Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes,
- die Verfestigung von Armut und
- die in vielen Regionen fehlenden Angebote zur systematischen Prävention von Wohnungsverlusten.

Die Mietpreisspirale dreht sich unaufhörlich nach oben. Wohnen wird nicht nur in den Ballungsräumen, sondern mittlerweile auch in vielen ländlichen Gebieten immer teurer. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungs- und Energiekosten rapide. Die mittel- und

langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und des Kriegsgeschehens in der Ukraine sind noch nicht absehbar.

JETZT sind die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die dauerhafte Sozialbindung von Wohnraum, spezifische Anstrengungen zur Versorgung bereits wohnungsloser Menschen mit eigenen Wohnungen und die Bekämpfung von Armut wichtiger denn je.

Dazu braucht es eine über alle föderalen Ebenen und politischen Ressorts hinweg abgestimmte Nationale Strategie. Maßnahmen der Kommunen sollten durch Förderprogramme des Bundes und der Länder flankiert werden. Die Wohnungsnotfallhilfe weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung, worauf es JETZT ankommt:

Kernforderungen der BAG W für den Nationalen Aktionsplan:

Wohnungen für Wohnungslose! - Wohnungen beschaffen

Wir brauchen mehr günstige Wohnungen. Der Bund muss die Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau spürbar aufstocken. Notwendig sind die Steuerung des Wohnungsmarktes, die langfristige und dauerhafte Sozialbindung für geförderte Wohnungen und eine soziale Mieten- und Wohnungspolitik. Darüber hinaus muss es feste Wohnungskontingente für wohnungslose Menschen geben. Neu gebaute Wohnungen müssen bezahlbar und bedarfsgerecht konzipiert sein.

Prävention stärken! – Keine Wohnung darf verloren gehen

Vermeidung von Wohnungslosigkeit ist die beste Hilfe. Deshalb muss das präventive System zur Verhinderung von Wohnungsverlusten ausgebaut werden. Dazu zählen die Etablierung von kommunalen Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten sowie ein dichtes Netz von Beratungsstellen und anderen Hilfeangeboten nach den §§ 67 ff. SGB XII im gesamten Bundesgebiet.

Gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen! – Zugänge sichern

Wohnungslose Menschen müssen zu allen existenziellen Bereichen des Lebens Zugang haben. Dazu gehören Erwerbsarbeit, Bildung, soziale und digitale Teilhabe sowie Partizipation. Dabei sind die besonderen Lebenslagen von Frauen, Familien und jungen Menschen zu berücksichtigen. Dafür sind entsprechende Maßnahmen und Förderprogramme von Bund, Ländern und Kommunen notwendig.

Menschenwürdige Unterbringung garantieren! – Standards in der ordnungsrechtlichen Unterbringung gewährleisten und niedrigschwellige Versorgungsangebote sichern

Wir fordern den Bund auf, ein integriertes Notversorgungskonzept inklusive Leitlinien und Mindeststandards für eine menschenwürdige, geschlechtergerechte und rechtssichere Unterbringung zu entwickeln – dazu zählen u. a. Einzelzimmer, 24/7-Unterkünfte für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität sowie ein niedrigschwelliger Zugang zu weiterführender Beratung. Die basale Versorgung der Menschen ist zu gewährleisten, deshalb muss die langfristige Absicherung der niedrigschwelligen Dienste und Einrichtungen sichergestellt sein.

Gesundheit ist Menschenrecht! – Sicherung des Krankenversorgungsschutzes und Zugang zur gesundheitlichen Versorgung für alle

Der Bund muss initiativ werden, um mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und den gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen (GKV-Spitzenverband) zu Vereinbarungen zu kommen, die den kassenärztlichen Sicherstellungsauftrag auch in Bezug auf wohnungslose Patienten garantieren. Wir fordern, den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen zu sichern, egal, woher sie stammen. Wohnungslosen Menschen müssen zudem die Krankenkassenbeitragsschulden erlassen werden. Es braucht Clearingstellen bundesweit und eine grundlegende Finanzierung der medizinischen Versorgungsangebote im niedrighwelligen Bereich.